

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und Postgebühren 2.— Mark im Monat, bei Zustellung durch die Posten 2.30 Mark, bei Postbestellung 2.50 Mark. Einzelnummern 15 Pf. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Sachsen-Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa u. a.

Nr. 88 — 83. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Sonnabend 12. April 1924

Ist der Reparationsplan möglich?

Von besonderer Seite wird uns zu dem Reparationsplan der Sachverständigen geschrieben: **Wieslecht hat Dr. Schacht in seiner Dresdener Rede das Entscheidende bei der Beurteilung des Sachverständigenberichts damit getroffen: es ist versucht worden, die ganze Reparationsfrage vom politischen auf das wirtschaftliche Gebiet hinüberzuschieben. Dabei mußte natürlich die Grenze der deutschen Belastung durch Reparationsverpflichtungen durch die deutsche Leistungsfähigkeit gesetzt sein, und die erste Frage ist infolgedessen einfach die, ob Deutschland in der Lage ist, diese Verpflichtungen zu erfüllen. Denn nur dann darf es unterschreiben, darf den im „Bericht“ gemachten Vorschlägen zustimmen. Gerade aber das läßt sich gar nicht sagen, weil die Reparationsleistung erst nach der Schlichtung — es ist kein direktes Moratorium vorgesehen — einsetzt.**

Wir sollen im ersten Jahr 200, im zweiten 720, im dritten 1200, im vierten 1750 und dann jährlich 2500 Millionen Goldmark wirklich zahlen. Nicht etwa, wie bisher, dazu noch die Besatzungskosten; also als Totalbelastung für Deutschland, wie es in dem Bericht ausdrücklich betont wird. Dann werden alle die zahllosen Nebenforderungen des Versailler Vertrages, werden z. B. die Zahlungen auf Grund des Ausgleichsverfahrens abgezinst. Und — wenn namentlich Frankreich wirklich das brennende Interesse an Sachlieferungen bzw. Goldzahlungen hat, wie es immer behauptet — gehen die Besatzungskosten „zu Lasten“ der Gesamtforderung, kürzen entsprechend Sachlieferungen und Barzahlungen.

Trotzdem bleibt fürchtbar, was uns auferlegt werden soll. Eine Jahreszahlung von 2500 Millionen bedeutet eine alte Verdoppelung der Ausgaben der deutschen Haushalte, erzwingt also Verdoppelung der Steuern. Ist volkswirtschaftlich gesehen eine Erhöhung der Passivität unserer schon so stark passiven Zahlungsbilanz um 200 Millionen monatlich. Sollen wir nicht von unserem Vermögen zahlen, so müßte unsere Ausfuhr um mindestens diesen Betrag vermehrt werden. Ist das möglich? Es wird wenige Optimisten geben, die diese Frage angesichts des steigenden Passivsaldo unserer Zahlungsbilanz bejahen werden. Unsere Handelsbilanz, also die Ergebnisse des reinen Aus- bzw. Einfuhrhandels, ist ja niemals aktiv gewesen; die Aktivität der Zahlungsbilanz war nur dadurch gegeben, daß wir Guthaben im Ausland, Einläufe aus Frachten usw. hatten. Aber — das war einmal. Dann deckt sich Handelsbilanz mit Zahlungsbilanz, wenn wir keine Reparationszahlungen leisten. Daher muß die 2500 Millionen große Vorbelastung durch die Reparationsleistungen durch verstärkte Produktion und Ausfuhr abgedeckt werden. Ist das möglich?

Die zweite Frage ist: wie lange sollen wir denn nun überhaupt zahlen? Diese Frage ist nicht beantwortet. Ist aber doch die Hauptsache. Eine gewisse „Begrenzung“ ist dadurch gegeben, daß die Anleihe auf die Eisenbahn und die auf die Industrie amortisiert wird, also schließlich einmal — theoretisch — abgedeckt ist. Das ist aber auch alles. Und das ist allerdings untragbar. Davon will allerdings der Bericht absehen, die Totalbelastung Deutschlands festzustellen, und wie weit aus.

Die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftsbasis ist die Generallösung des ganzen Reparationsplanes, alle „Sanctionen“, die nur produktivhemmend wirken, sollen zurückgezogen oder „entsprechend geändert“ werden. Schön. Ein Fortschritt. Aber — und das ist ein ganz großes „Aber!“ — dafür verlieren wir die Finanzhoheit. Denn Teile unserer Finanzverwaltung unterstehen den Entente-Kontrolloren. Österreich hat sie bereits, Ungarn hat sie gerade erhalten. Nun sollen sie auch bei uns einziehen, indem gleichzeitig die Reparationsforderungen auf dem Wege über die Eisenbahn und die Industrieobligationen flüssig gemacht werden. Dafür ist aber über die Wiederherstellung der politischen Hoheit Deutschlands im Einbruchgebiet nichts gesagt, dürfte auch nichts gesagt werden. Die Verletzung der Zollgrenze, der Münzverträge, der Regie, kurz aller „Rubrikfunktionen“, ist für uns aber nicht das Letzte. Unterschreiben wir, ohne daß auch dieser nicht minder wichtige Punkt gelöst wird, dann erkennen wir de jure den Rubrikbruch an und das Rhein-Ruhrgebiet bleibt tatsächlich in französischer Verwaltung.

Die Unterschrift ist also sinnlos, wenn nicht auf der andern Seite zum Frieden von Versailles zurückgekehrt und der Zustand von vor dem 11. Januar 1923 wiederhergestellt wird. Weil auch Poincarés „produktive Fäden“ durch andere, nämlich die Industrie und die Eisenbahn, ersetzt werden sollen. Zu der angestrebten wirtschaftlichen Hoheit muß also vor allem auch die politische Erledigung des „Reparations“-problems treten. Sonst sind nur wir die Verpflichteten, wird das an uns begangene Unrecht zum Recht. So stellen überall ungelöste Fragen, ist alles nur ein Anfang. Wir haben die Aufgabe, ihn zu prüfen, ob wir den Zahlungsplan ehrlich unterzeichnen können. Denn nur dann dürfen wir unterschreiben.

Die deutsche Golddiskontbank errichtet.

Eröffnung des Geschäftsbetriebes Mittwoch den 16. April.

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsen-Zeitung“.)
Berlin, 11. April. Die deutsche Golddiskontbank ist am 7. April errichtet worden. Vorsitzender des Aufsichtsrats ist nach den Satzungen der Präsident des Reichsbankdirektoriums, Herr Dr. Hjalmar Schacht, stellvertretender Vorsitzender der Vizepräsident des Reichsbankdirektoriums, Herr Dr. von Glasernach. Dem Präsidium wird Herr Geheimrat Obersmann, Herr Finanzrat Dr. Bernhard, Herr Finanzrat Dr. Friedrich angehören, sämtlich in Berlin. Die Geschäftsräume befinden sich im Gebäude der Reichshauptbank. Der Geschäftsbetrieb wird am Mittwoch, den 16. April eröffnet werden. Die von den Gründern festgestellten Satzungen werden heute im Reichsanzeiger veröffentlicht.

Kein Eisenbahnerstreik in Sachsen.

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsen-Zeitung“.)
Dresden, 11. April. In später Nachtstunden beschloß der Eisenbahnerverband vom Eintritt in den Streik vorläufig abzusagen und das Ergebnis weiterer Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium über die Einführung der zehnten Arbeitsstunde abzuwarten.

Stinnes Nachfolger.

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsen-Zeitung“.)
Berlin, 11. April. Die Nachfolge Hugo Stinnes wird auf seinen ältesten Sohn, den 29jährigen Dr. Edmund Stinnes übergehen, der bereits seit dem Ausscheiden des früheren Generaldirektors dessen Funktionen übernommen hatte.

Paris zum Tode Stinnes.

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsen-Zeitung“.)
Paris, 11. April. Die Nachricht vom Ableben des Herrn Stinnes hat in Paris einen tiefen Eindruck hervorgerufen, obwohl schon die letzten Nachrichten über das Befinden von Stinnes das Schlimmste befürchteten. Man gibt in Pariser Kreisen zu, daß mit Hugo Stinnes eine große Persönlichkeit von der internationalen Szene abtritt und Deutschland einen seiner tüchtigsten und begabtesten Organisatoren und Führer verliert.

Kasernenbrand in Goslar.

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsen-Zeitung“.)
Braunschweig, 11. April. Gestern nachmittag brach in der Domkaserne in Goslar Feuer aus. Der dem Kaiserhaus gegenüberliegende Flügel der Kaserne steht in Brand. Das Feuer griff auf die im obersten Stockwerk befindlichen Munitionslager

Beratung der Reparationskommission.

Nach Pariser Meldungen soll die Reparationskommission sofort zu einem ersten Meinungsaustausch zusammenzutreten. Es sei wahrscheinlich, daß die Reparationskommission Deutschland zu einer Stellungnahme zu dem Gutachten auffordern werde, dies aber innerhalb einer kurzen und bestimmten Frist, nach deren Ablauf die Kommission sich jede Einschlußfreiheit vorbehalten werde.

Die deutsche Reichsregierung.

ist andauernd mit der Prüfung des Sachverständigenberichts und der zu ihm noch eingelaufenen technischen Erläuterungen und Anlagen beschäftigt, ist aber selbstverständlich noch zu keiner abschließenden Stellungnahme gelangt. Um so weniger, als zurzeit auch die Verhandlungen mit der Sechser-Kommission der Industriellen über die Münzverträge

Presse und Sachverständigenbericht.

Stimmen aus allen Lagern.
Die Zeitungen aller Parteien beschäftigen sich fast ausschließlich mit dem Gutachten über die deutschen Zahlungsmöglichkeiten. Die meisten Stimmen sind nach der Natur der Sache noch zurückhaltend, nur an einigen Stellen wagt man sich weiter vor.

So liest man im Tag: Schon die Tatsache, daß die Vorschläge der Sachverständigen eine Herabsetzung, und zwar eine sehr beträchtliche Herabsetzung der Forderung des Londoner Ultimatus zur notwendigen Folge haben, macht es unmöglich, daß wir diese Vorschläge als völlig unannehmbar ablehnen. — Die Kreuzzeitung meint, eine scharfe Ablehnung des Gutachtens von vornherein sei anaristisch der Lage

über, wodurch heftige Detonationen entstanden. Um 1/3 Uhr nachmittags flog der Dachstuhl in die Luft und überschüttete die Umgegend weithin mit Sprengflüden und brennenden Dachsparren. Der Brand hat sich auf das ganze Gebäude ausgebreitet, da die Feuerwehr der andauernden Detonationen wegen nicht an das Gebäude heran kommen konnte und sich auf Abperrung der Zugangsstraßen zu der Kaserne beschränken mußte. Das Feuer dauert noch an. Ob Menschenleben zu beklagen sind, konnte noch nicht festgestellt werden.

Reichsregierung und Sachverständigenbericht.

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsen-Zeitung“.)
Berlin, 11. April. Das Reichskabinett hielt, wie die „DZ.“ hört, gestern eine Sitzung ab, um sich zum ersten Male offiziell mit dem Gutachten der Sachverständigen zu beschäftigen. Das Kabinett Marx ist, wie die „DZ.“ weiter erfährt, nicht der Ansicht, daß es seine Stellungnahme zu den Gutachten der Sachverständigen bis nach den Wahlen verschieben müsse. Vielmehr hält das Kabinett es für dringend notwendig, seine Stellungnahme zu den Sachverständigengutachten sobald wie möglich bekannt zu geben. Die Entscheidung bis nach den Wahlen zu verschieben und einem neuen Kabinett zu überlassen, hält sie auch deshalb nicht für zweckmäßig, weil das Kabinett auch ohne Pavis des Reichstages aktionsfähig ist. Als entscheidend für seine Stellungnahme sieht das Kabinett nach wie vor die Frage der Freiheit von Rhein und Ruhr an.

Dawes in Brüssel.

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsen-Zeitung“.)
Paris, 11. April. General Dawes ist, wie aus Brüssel gemeldet wird, dort gestern vormittag eingetroffen und von Theunis empfangen worden, der ihn zu Tisch einlud. Dawes wird heute abend in Paris zurückverweilen. Er beabsichtigt jedoch für kurze Zeit nach Italien zu gehen, von wo er, wie bereits gemeldet, am 22. April die Rückreise nach Amerika antreten wird.

Die Haltung Rußlands im besarabischen Konflikt.

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsen-Zeitung“.)
Petersburg, 11. April. In einer Rede vor dem Petersburger Räteorganisations erklärte Sinowjew mit Nachdruck, daß die Gerüchte über einen möglichen Krieg gegen Besarabien jeder Grundlage entbehren.

nicht unbedingt erforderlich. — Die Deutsche Zeitung schreibt: „Was geht uns die ganze Sache schließlich an, denn der Plan ist ja doch unannehmbar.“ — Die Deutsche Tageszeitung äußert die Ansicht: „Ein grauenvoller Glanz, als Deutschland durch die Zustimmung zu demart wahnwitzigen Vorschlägen auf sich laden würde, ist nicht denkbar. Ihnen gegenüber kann es nur heißen: Nieber ein Ende mit Schreden als ein Schreden ohne Ende!“ — Der Berliner Börsen-Courier bezeichnet es als einen „Schändlichfehler der Vorschläge, daß auch nach dem jetzigen Plan eine Kontrolle ziemlich bestimmt drohe.“ — Die Germania schreibt: „Nebenfalls bieten die Vorschläge die Grundlage zu einer internationalen Aussprache, die mehr Erfolg zu versprechen scheint als die bisherigen Unterhaltungen.“ — Das Berliner Tageblatt wertet die Vorschläge der Sachverständigen als eine Grundlage, die zu Verhandlungen über eine Verständigung dienen kann. — Am Vorwärts wird gesagt: „Die Abwägung der Vorteile und der Nachteile ergibt nach unserer Überzeugung ein Überwiegen der Vorteile.“ — Die Ablehnung des Sachverständigenberichts wäre eine katastrophale Dummheit.“

Erklärung der Deutschen Volkspartei.

Ausschluß der Nationalliberalen Vereinigung.
Berlin, 10. April.
Von der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei wird mitgeteilt, daß nach der Aufforderung der Nationalliberalen Vereinigung an ihre Freunde, die deutschen nationalen Wählern zu wählen, die Parteileitung der Deutschen Volkspartei der Nationalliberalen Vereinigung folgenden Beschluß übermittelt habe:
„Nachdem der Parteivorstand und der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei politische Organisationen innerhalb der Partei nur für möglich erklärt haben, soweit die Satzungen dies gestatten oder die zuständigen Parteifunktionen sie ausdrücklich genehmigen, und nachdem die Vertreter der Nationalliberalen Vereinigung in deren Auftrag Verhandlungen zur Herstellung dieser Voraussetzungen abgelehnt haben, stellt der Parteivorstand auf Grund der ihm vom Parteivorstand ausdrücklich erteilten Ermächtigung fest, daß die in der Nationalliberalen Vereinigung verbleibenden Mitglieder aus der Deutschen Volkspartei ausscheiden.“